



REGION

Umfahrung vors Volk

Die IG Mobilität Region Uznach will die Verbindungsstrasse A53-Gaster verhindern:
Die IG-Mitglieder wollen das Projekt mittels Referendum an die Urne bringen. SEITE 3

So. 9.6.16

Mitten durchs Haus: Die Verbindungsstrasse A53-Gaster soll im Gebiet Fischhausen direkt durch den Hof von Landwirt Alfred Züger geführt werden. Bild Markus Timo Rössig



Umfahrung bleibt blockiert

Der Kanton hat im Kaltbrunner Industriegebiet Fischhausen eine Planungszone erlassen. Damit will er sich Land sichern, das für die Verbindungsstrasse A53-Gaster benötigt wird. Gegen die Planungszone sind Einsprachen von Anwohnern hängig. Auch die IG Mobilität wehrt sich weiter gegen die Umfahrung.

von Urs Schnider

Der Verkehr in und um Uznach ist ein Übel – seit Jahren. Abhilfe schaffen gegen Blechlawinen und Staus soll die Verbindungsstrasse A53-Gaster. Deren Linienführung steht im Grossen und Ganzen fest. An den Knotenpunkten der Umfahrungsstrasse wird noch an der Linienführung gefeilt, schwingewichtig in den Gebieten West (Schmerikon), Süd (Burgerriet) sowie Ost (Rotfarb/Fischhausen).

Von der Variante Ost, die ursprünglich bei der Uzner Rotfarb zu den Bahngleisen hinunter führen sollte, haben die Planer Abstand genommen. Neu wurde im letzten Juni die Variante Fischhausen ins Spiel gebracht. Dort soll dereinst der Verkehr an Uznach vorbei geführt werden – via Variante Süd (Burgerriet) den Bahngleisen entlang, mit Anschluss beim Linthpark zur Autobahn A53.

Widerstand gegen Planungszone

Für die Variante Fischhausen benötigt das kantonale Tiefbauamt rund 7000 Quadratmeter Land. Dieses wollte sich der Kanton im Herbst 2015 sichern und erliess deshalb eine Planungszone im Kaltbrunner Industriegebiet (Ausgabe vom 21. Oktober 2015). Gegen diese Planungszone wehren sich mehrere betroffene Landbesitzer. Sie würden im schlimmsten Fall enteignet, damit die Verbindungsstrasse durch das Industriegebiet Fischhausen geführt werden könnte.

Für einen der Landbesitzer, Alfred Züger, wäre die geplante Linienführung besonders bitter: Denn die Strasse würde mitten durch sein Haus gebaut, das Gebäude müsste abgerissen werden. Kein Wunder haben Landwirt Züger sowie weitere Betroffene gegen die Planungszone Einsprache erhoben.

Dazu sagt der Leiter des kantonalen Tiefbauamtes, Marcel John, auf Anfrage: «Die Einspracheverhandlungen sind noch im Gange.» Das bedeute, dass die Variante Fischhausen immer noch «im Rennen» sei. Wie viele Einsprachen eingegangen sind, will John nicht verraten. Fakt ist aber, dass mehrere Betroffene sich zusammengeschlossen haben und sich mithilfe einer Anwalts-

«Die Einspracheverhandlungen sind noch im Gange, womit die Variante Fischhausen noch im Rennen ist.»

kanzlei gegen die Pläne des Kantons wehren.

Ebenso bekämpft die Interessengemeinschaft Mobilität Region Uznach (IGMRU) die geplante Umfahrungsstrasse seit Längerem. Nachdem im letzten Jahr die Auflösung der IG zur Debatte stand, haben die Mitglieder an ihrer gestrigen Versammlung jedoch beschlossen, den Kampf aktiv weiterzuführen (siehe Box).

Wie lange die Einspracheverhandlungen noch dauern, kann Marcel John

nicht abschätzen. Fakt aber ist: Diese blockieren das ganze Projekt Verbindungsstrasse A53-Gaster.

Umfahrung auf die lange Bank?

Die Zeit drängt jedoch. Je länger die Verhandlungen mit den Einsprechern andauern, desto unwahrscheinlicher wird die Variante Ost, beziehungsweise die ganze Verbindungsstrasse.

Denn die Verbindungsstrasse A53-Gaster wurde mit erster Priorität ins 16. Strassenbauprogramm aufgenommen.

Bis Ende 2018 muss das Tiefbauamt ein bewilligungsfähiges Projekt vorlegen. Ansonsten besteht die Gefahr, dass es in der kantonalen Planung nach hinten rückt – sprich: auf die lange Bank geschoben wird. Dadurch wäre eine Umfahrung – und damit die Verkehrsbelastung für einen Grossteil im Gaster – auf Jahre hinaus blockiert.

Und gestern beschloss die IGMRU an ihrer Mitgliederversammlung, dass sie das Referendum gegen die Verbindungsstrasse ergreifen will, sobald der

Kanton das konkrete Projekt auflegen wird (siehe Kasten).

Die Projektleitung führt derzeit eine vertiefte Untersuchung der verschiedenen Varianten durch. Sobald Resultate vorliegen, werden die Behörden der betroffenen Gemeinden gegenüber dem kantonalen Tiefbauamt dazu Stellung nehmen. Danach sollen die Mitglieder der Begleitgruppe über den Projektstand informiert werden und die Möglichkeit erhalten, sich zur «optimierten Linienführung» zu äussern.

Das Volk soll über die Verbindungsstrasse A-53 Gaster entscheiden

Die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) kämpft weiter gegen die geplante Verbindungsstrasse A53-Gaster. Nachdem letztes Jahr sogar der Austritt aus der Projekt-Begleitgruppe zur Debatte stand, ist der Kampfgeist neu entfacht. So legten gestern Abend knapp 50 IG-Mitglieder an der Mitgliederversammlung in Uznach das weitere Vorgehen im Kampf gegen die Verbindungsstrasse A53-Gaster fest: das Referendum. Roger Zahner (Bild) von der Steuerungsgruppe der IG erläuterte kurz die Entstehung des Projekts, bei dem «es nie eine echte Mitsprache gegeben» habe. Die Steuerungsgruppe sei «klar der Meinung, dass für dieses Grossprojekt eine Volksabstimmung

zwingend nötig» sei, sagte Zahner. Immerhin würden die Kosten für die Umfahrungsstrasse auf rund 100 Millionen Franken geschätzt. «Die Bürger sollen sagen können, was sie davon halten.» Die Anwesenden sahen dies nach einer engagierten Diskussion gleich: Sie beschlossen einstimmig, das Referendum gegen die Verbindungsstrasse A53-Gaster zu ergreifen. Derzeit wird die Linienführung von den Planern vertieft und detaillierter ausgearbeitet. Danach werden die Behörden der betroffenen Gemeinden Schmerikon, Uznach Benken, Kaltbrunn und Gommiswald Gelegenheit haben, Stellung zu nehmen. Bis Ende 2018 muss das Tiefbauamt ein bewilligungsfähiges Projekt

vorlegen – so der Auftrag des Kantonsrates (siehe Artikel oben). Danach wird das Projekt in den Gemeinden aufgelegt. Je nachdem, wie es die Gemeindeordnungen vorgeben, haben die Bürger dann die Möglichkeit, sich dazu zu äussern, erklärte Zahner. In Uznach sei die Betroffenheit wohl am grössten – wie auch die Chance auf ein Referendum. Denn Uznach müsste rund 1,5 Millionen Franken an die Umfahrung zahlen. Ab diesem Betrag muss in der Gemeinde Uznach ein Kreditbegehren dem fakultativen Referendum unterstellt werden. So mache es aus Sicht der Steuerungsgruppe Sinn, bezüglich Referendum auf Uznach zu fokussieren. Auch dieser Vor-

schlag wurde nach einer Diskussionsrunde unterstützt. Nicht zuletzt, weil einige IG-Mitglieder der Meinung sind, dass die Bürger in anderen Gemeinden tendenziell eher für die Umfahrungsstrasse seien. «Wir glauben, dass wir in Uznach die nötigen 400 Unterschriften zusammenbringen», gab sich Zahner zuversichtlich. Dann müsste an der Urne über den Kredit



entschieden werden. «Auch wenn wir dann nicht Ja oder Nein zur Umfahrung sagen können», so Zahner. Aber man könne damit ein Zeichen setzen. Allerdings müssten dann die Uznacher Stimmberechtigten den Kredit ablehnen. Und auch dies wäre noch kein Sieg. Denn, so Zahner weiter, ein Nein aus Uznach ist für den Kanton nicht verbindlich. Er könnte das Projekt trotzdem realisieren, «auch wenn es uns nicht passt». Zahner ist jedoch überzeugt, dass der Kanton dies nichts über die Köpfe der Uzner hinweg machen würde. Die IGMRU will jedenfalls ihre Hausaufgaben machen, um bereit zu sein, wenn dereinst ein konkretes Projekt aufgelegt wird. (snu)

IG Mobilität ergreift das Referendum gegen die Gasterstrasse

ZS2, 10.6.2016

UZNACH Wenn das Umfahrungsprojekt Variante 19SR bis im Jahr 2018 zur Vernehmlassung in die Gemeinden geht, will die IG Mobilität in Uznach das fakultative Referendum ergreifen.

Die Mitglieder der IG Mobilität Region Uznach haben am Mittwochabend auf dem Bauernhof Bösch ihr weiteres Vorgehen beschlossen. Die Kritiker des geplanten Umfahrungsprojekts Variante 19SR möchten in Uznach per fakultativem Referendum eine Abstimmung zustande bringen. Sie hoffen, dann einen ablehnenden Signalentscheid nach St. Gallen senden zu können. Da der Kantonsrat dem Tiefbauamt den Auftrag für die Ausarbeitung eines Projekts erteilt, können die Bürger der betroffe-

nen Gemeinden jedoch auch auf diesem Weg nicht richtungweisend mitreden.

400 Unterschriften sind nötig

Da die IG davon ausgeht, dass Uznach einen Kostenanteil von mindestens 1,5 Millionen Franken zur Umsetzung beitragen müsste, ergibt sich aber die Möglichkeit, die Meinung zu äussern. Wird diese Summe überschritten, können die Uzner Bürger ein Referendum ergreifen, um dem Gemeinderat die Vernehmlassung nicht alleine zu überlassen.

Hierzu sind laut Roger Zahner gemäss Gemeindeordnung innert dreissig Tagen 400 Unterschriften zu sammeln. In den darauffolgenden sechs Monaten würde eine Abstimmung folgen.

Uznach führt Widerstand an

Derzeit ist nicht bekannt, wann die Gemeinden in die Vernehmlassung gehen werden. Zwar könnte der St. Galler Kantonsrat ein allfällig ablehnendes Abstimmungsergebnis aus Uznach ignorieren, doch glaubt die IG Mobilität, ein Zeichen setzen zu können. In den anderen Gemeinden, in denen sich bisher kaum Widerstand regt, gelten andere Bestimmungen. Zudem rechnet

man kaum damit, dass sich in Kaltbrunn, Benken, Schmerikon oder Gommiswald in gleicher Weise Gegner finden dürften.

So wurde beschlossen, die Priorität in Uznach zu setzen, die Tür für Aktivitäten in anderen Gemeinden aber offen zu lassen. Die Situation könnte sich ändern, wenn das Projekt Gasterstrasse bis Ende des Jahres 2018 konkret vorgestellt wird.

Taktische Schritte planen

Die sechsköpfige Steuerungsgruppe wird sich nun über das strategische und taktische Vorgehen Gedanken machen. Das Hauptziel ist im Falle einer Abstimmung die Mobilisierung.

Hierfür sollen Emotionen mit verschiedenen Events und Aktionen geweckt werden. Eine Visualisierung des Projekts wurde mehrfach von der Versammlung gefordert. Zudem sollen Gespräche mit weiteren Interessengruppen geführt werden. Neben Umweltverbänden denkt man hier an die Planungsgruppe, die sich um das Uzner Städtchen Gedanken macht. Auch der neue Gemeindepräsident in Uznach soll angesprochen werden.

Die Mitglieder der IG möchten das Referendum nicht zuletzt darum ergreifen, weil ein Referendum auf Kantonsebene wohl ungleich beschwerlicher werden dürfte.

Markus Richter

zsz 16.6.16

CVP ist für die Gasterstrasse

UZNACH Die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) setzt sich für den Erhalt von Kulturland und Naherholungsraum ein. Sie lehnt deshalb die grossräumige Umfahrungsstrasse Uznach (Variante 19 SR) als Lösung für den Verkehrsengpass in Uznach ab und wird das Referendum gegen die Gasterstrasse ergreifen. Das stösst bei der CVP Uznach auf Unverständnis: Die Strasse werde als Verbindungsstrasse für die Gaster-Region ausserhalb des Siedlungsgebiets geführt, schreibt die Partei in einer Medienmitteilung. Damit würde nicht nur das Städtchen, sondern auch die ebenfalls sehr stark befahrene Zürcherstrasse erheblich vom Verkehr entlastet. «Die flankierenden Massnahmen im Städtli bringen Lebensqualität nicht nur dort, sondern auch der Bevölkerung an der Zürcherstrasse und den angrenzenden Quartieren zurück», schreibt die CVP. Aus diesen Gründen spricht die CVP Uznach sich für den Bau der Gasterstrasse aus. zsz

IG will Referendum ergreifen

Die IG Mobilität Region Uznach will das Referendum gegen die geplante Umfahrungsstrasse ergreifen. Roger Zahner sagt, nur so könne das Projekt überhaupt demokratisch legitimiert werden.

Uznach Dass Uznach unter dem Durchgangsverkehr leidet, zweifelt niemand im Städtchen an. Ob eine Umfahrungsstrasse die Lösung des Problems ist - das jedoch glaubt die IG Mobilität Region Uznach (IG-MRU) nicht. Sie will darum sofort

das Referendum ergreifen, wenn das Projekt öffentlich aufgelegt wird.

Verlust von Kulturland und Ried

Roger Zahner, Sprecher der IG, kritisiert die hohen Kosten für die Strasse, aber auch die Folgen für die Umwelt. Viel Kulturland ginge verloren - zudem streife die Strasse das Kaltbrunner Ried. Die IG bemängelt zudem die fehlende Mitwirkungsmöglichkeit bei der Suche nach einer alternativen Linienführung.

fr
Seite 3



Roger Zahner kämpft mit der IG Mobilität Region Uznach gegen die geplante Umfahrung.

«Das Referendum wird kommen»

SeGa
22.6.2016

Von Flavio Razzino

Roger Zahner ist Sprecher der Interessengemeinschaft Mobilität Region Uznach - und er kämpft seit Jahren gegen eine geplante Umfahrung, die das Städtchen Uznach vom Durchgangsverkehr befreien soll. Zahner und mit ihm die IG kritisieren, dass die Strasse unverhältnismässig teuer sei und viel Kulturland geopfert würde.

Uznach Vor drei Jahren hat die IG Mobilität Region Uznach (IGMRU) den Kampf gegen die Umfahrung Uznach aufgenommen. Sympathisanten der IG sind sowohl jene, welche die Umfahrung aus umwelt- und finanzpolitischen Gründen ablehnen, als auch Bauern, die kritisieren, dass mit der Strasse viel Kulturland verschwendet würde. Für Roger Zahner, Sprecher der IG, ist denn auch diese Allianz Indiz dafür, dass das Projekt an der Urne einen schweren Stand haben dürfte.

Genau darum hat die IG denn auch am 9. Juni beschlossen, sobald als möglich das Referendum gegen die Umfahrung zu ergreifen. Für Zahner geht es dabei auch um mehr Demokratie. «Von Beginn weg haben Politiker die Umfahrungsstrasse, die heute zur Diskussion steht, im stillen Kämmerlein ausgebrütet. Alle öffentlichen Anlässe, Workshops und Informationen dienten lediglich dazu, den Anschein zu erwecken, hier hätte die Bevölkerung tatsächlich mitwirken können», sagt Zahner. Dabei sei aber eine Variante für die Umfahrung favorisiert worden, die sowohl aus Sicht des Naturschutzes als auch mit Blick auf das Kosten-Nutzen-Verhältnis umstritten sei, so Zahner.

Quellverkehr ein Problem

Uznach leidet unter dem Verkehr, der mitten durch das Städtchen führt. «Bis zu 19 000 Fahrzeuge passieren pro Tag das Städtchen Uznach. Das hohe Verkehrsaufkommen mindert die Lebensqualität und

beeinträchtigt das regionale Strassennetz. Auch der öffentliche Verkehr ist betroffen: Busse stehen im Stau, Bahnanschlüsse sind unzuverlässig», schreibt das Zentrum für Regionalmanagement Obersee-Linth. Mit der Umfahrungsstrasse sollen diese Probleme gelöst werden, wird das Städtchen damit doch weiträumig umfahren.

Daran glaubt Zahner aber nicht. «Uznach ist eine Gemeinde mit Zentrumsfunktion. Der Verkehr ist hier also vor allem hausgemacht», sagt er. So gäbe es viele Arbeitsplätze, Einkaufsmöglichkeiten und einen grossen Bahnhof. «Auch mit der Umfahrung wird Uznach darum viel Ziel- und Quellverkehr haben», sagt er.

Genehmigungsprojekt in Arbeit

2013 hat der Kantonsrat entschieden, dass die Umsetzung der Umfahrungsstrasse in Uznach hohe Priorität genießt. Derzeit arbeitet der Kanton ein Genehmigungsprojekt zu Händen des Kantonsrates aus.